

# PRESSEMITTEILUNG



Mecklenburg-Vorpommern  
Ministerium für Klimaschutz,  
Landwirtschaft, ländliche  
Räume und Umwelt

## MV lehnt Ölbohrprojekt vor Usedom ab – Backhaus fordert klare Haltung der Bundesregierung

LM

Schwerin, 22.07.2025  
Nummer 179/2025

Mecklenburg-Vorpommerns Umweltminister Dr. Till Backhaus hat das geplante Öl- und Gasförderprojekt vor der polnischen Ostseeküste bei Swinemünde scharf kritisiert. Hintergrund ist die Entdeckung großer Öl- und Gasvorkommen durch ein kanadisches Unternehmen unmittelbar vor der Insel Wollin – nur wenige Kilometer von Usedom entfernt. Erste Bohrungen hatten bereits 2024 stattgefunden, ohne dass Mecklenburg-Vorpommern offiziell informiert wurde.

Nun hat die Firma Central European Petroleum (CEP) nach eigenen Angaben vor dem polnischen Swinemünde etwa 22 Millionen Tonnen Öl sowie 5 Milliarden Kubikmeter Gas gefunden. Insgesamt umfasse der Bereich vor der Ostseeinsel Wolin nach aktuellen Schätzungen über 33 Millionen Tonnen förderbares Rohöl sowie 27 Milliarden Kubikmeter Gas.

„Das Projekt steht für eine klimapolitisch rückwärtsgewandte Industriepolitik, die den Umwelt- und Tourismusinteressen auf deutscher Seite entgegensteht. Tourismus ist der Hauptwirtschaftsfaktor auf der Insel. Ein Tourismus, der der Erholung und Gesundheit der Menschen dient. Eine potentiell die Umwelt gefährdende Industrie wäre ein nicht wieder gut zu machender Imageschaden für die Insel und damit auch ein wirtschaftliches Desaster. Ich lehne dieses Vorhaben deshalb entschieden ab“, sagte Minister Backhaus.

Bereits im November 2024 hatte Backhaus die damalige Bundesumweltministerin Steffi Lemke schriftlich gebeten, das Thema im Deutsch-Polnischen Umweltrat aufzugreifen. Diese Bitte blieb ohne Ergebnis. Angesichts der nun öffentlich gewordenen Dimensionen des Fundes kündigte Backhaus an, sich noch heute an den neuen Bundesumweltminister Carsten Schneider zu wenden:

„Ich erwarte eine klare Aussage der Bundesregierung gegenüber der polnischen Seite. Es kann nicht sein, dass wir als Nachbarland nicht einmal über Bohrungen mit potenziell grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen informiert werden.“



Ministerium für  
Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche  
Räume und Umwelt  
Mecklenburg-Vorpommern  
Paulshöher Weg 1 | 19061 Schwerin

V.i.S.d.P. Eva Klaußner-Ziebarth  
e.klaussner-ziebarth@lm.mv-regierung.de  
www.lm.mv-regierung.de

Nach der bilateralen Vereinbarung zwischen Deutschland und Polen zur Durchführung grenzüberschreitender Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) wären die polnischen Behörden verpflichtet gewesen, Mecklenburg-Vorpommern über das Vorhaben in Kenntnis zu setzen und zur Stellungnahme aufzufordern. Das ist nicht geschehen.

Die konkreten Auswirkungen auf Natur, Küstenmeer und Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern sind bislang nicht abschließend bewertbar, so Backhaus weiter. Allerdings gebe es bereits erste Hinweise auf Lärm- und Vibrationsbelastungen während der Erkundungsbohrungen sowie berechtigte Sorgen hinsichtlich möglicher Einflüsse auf die Flora und Fauna im Küstenmeer.

Auch warnte Backhaus vor möglichen Verunreinigungen des Grundwassers: „Das Gas, welches unter den Küsten der Insel aus 3.000 m Tiefe gefördert werden soll, lagert nicht in einer Blase, sondern in Gesteinsschichten, die zunächst ‘aufgeschlossen’ werden müssen. Das ‘Aufschließen’ in sogenannten Tightgas-Lagerstätten kann zur Verunreinigung von Grundwasservorkommen führen!“ Auch tektonische Störungen, wie Bodenabsenkungen, seien denkbar.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern setzt stattdessen konsequent auf den Ausbau erneuerbarer Energien. „Unsere Zukunft liegt nicht im Öl der Ostsee, sondern in der Energie von Sonne, Wind und Biomasse – nachhaltig, umweltgerecht und zukunftsfähig“, stellte der Minister klar.